

kraft gegen den Faschismus geführt, seinen Sieg über das Volk und sein Verbrechen an der Menschheit ermöglicht. In Westdeutschland ist er heute wieder zu einer starken politischen Triebkraft, ja zu einem Prinzip der Staatspolitik überhaupt geworden. Man muß also nicht nur feststellen, daß der Antikommunismus seit dem Siege der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 sozusagen eine der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Staaten geworden ist, sondern auch, daß ihre Regierungen die parlamentarischen Illusionen des Volkes erhalten und fördern, um es von einer revolutionären Umgestaltung der Machtverhältnisse abzuhalten.

An dem Beispiel Westdeutschland kann die ganze werktätige Bevölkerung in beiden deutschen Staaten erkennen, daß der bürgerliche Staat unserer Zeit, daß seine Politik und seine Wirtschaft in vollem Umfang der Macht und dem Willen der Monopole untergeordnet sind. Die sich daraus ergebende antidemokratische, militaristische und aggressive Politik ist in Deutschland - außer in der faschistischen Zeit - noch niemals so eindeutig und in so brutaler Weise sichtbar gemacht worden wie in der Bundesrepublik.

Sozialdemokratische Führer und andere Revisionisten, die angesichts der Herrschaft der Monopole den Arbeitern einzureden versuchen, dieser Staat stehe über den Klassen, können nur den Zweck verfolgen, den werktätigen Menschen den wahren Sinn des bürgerlichen Staates mit aller Gewalt zu verheimlichen. Er basiert auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen! Er erhält sich nicht nur durch die kapitalistische Produktionsweise, sondern auch dadurch aufrecht, daß er mit faschistischen Methoden die revolutionäre Arbeiterbewegung unterdrückt und alle fortschrittlichen, demokratischen und friedliebenden Kräfte verfolgt.

Karl Marx und Wladimir Iljitsch Lenin haben das Ausbeuterwesen der bürgerlichen Demokratie als eine Demokratie für die Reichen, gegen die Armen charakterisiert. Das trifft in vollem Umfang auch für die in Westdeutschland herrschende „Demokratie“ zu. Man kann auch hier wieder nur von einer Verschleierung dieses Tatbestandes sprechen, wenn von sozialdemokratischer Seite der Versuch unternommen wird, dieser Ausbeuterdemokratie eine „freiheitlich-demokratische Ordnung“ entgegenzusetzen. Diese „freiheitlich-demokratische Ordnung“ ist auch wieder nichts anderes als eine bürgerliche Demokratie, die die Grundlagen des klerikal-militaristischen